

Brigitte Schroeder-Gudehus

Vorausgeschickt: Eine Fußnote

Als die nationalsozialistische Regierung kaum zwei Jahre nach der Machtübernahme daran ging, sich näher mit den internationalen Beziehungen deutscher Wissenschaftler und ihrer Institutionen zu befassen und deren Verkehr innerhalb der internationalen Gelehrtengemeinschaft einzuschränken, war das an und für sich kein absolutes Novum. Schon gut 15 Jahre früher, im Ausgang des Ersten Weltkriegs, waren sich die Akademien der Wissenschaften der Siegermächte einig geworden, in das unabhängige Funktionieren des internationalen Wissenschaftsbetriebes einzugreifen. Das sollte in der Tat – nach dem Erlöschen der seit der Jahrhundertwende existierenden Internationalen Assoziation der Akademien – die wesentliche Aufgabe einer neu zu gründenden internationalen Organisation sein, die dafür sorgen würde, die deutsche wissenschaftliche Forschung auf Jahre hinaus von internationalem Austausch und internationaler Zusammenarbeit auszuschließen.

Auf den ersten Blick könnte man annehmen, dass es sich hier um nicht mehr als einen kurzlebigen Ausläufer jenes »Kriegs der Geister« handelte, der sich der gelehrten Welt seit den ersten Kriegsmonaten bemächtigt hatte, als gestandene Wissenschaftler aller kriegführenden Länder sich zur Verteidigung des Vaterlandes mobilisierten, ob zum Nutzen der Rüstung oder zur Stärkung der Kriegsmoral. Auf ihren selbst abgesteckten Schlachtfeldern häufte sich bald eine Literatur von Kränkungen und Bezeichnungen nie dagewesener Schroffheit und Verbitterung, wenn es auch gelegentlich abweichende Meinungen und Äußerungen der Zuversicht gab, dass sich nach Kriegsende die Beziehungen schon wieder normalisieren würden, zumal – wie Ernst Troeltsch noch mitten im Krieg bemerkt hatte – ja vorher »auch nicht alles Glänzende Gold und die Umarmungen so innig gemeint waren«.¹

Diese Zuversicht sollte sich als Irrtum erweisen. Das Zerwürfnis wurde, im Gegenteil, über Waffenstillstand und Friedensvertrag hinaus, in die Nachkriegszeit hineingetragen, denn im Sommer 1919 gründeten die interalliierten Akademien plangemäß diese Dachorganisation, den Internationalen Forschungsrat (*International Research Council-IRC/Conseil international de recherche-CIR*). Sie stützten diesen Schritt auf ihre Überzeugung, dass die Verbannung

¹ Ernst Troeltsch 1915, zit. nach Brigitte Schröder-Gudehus: *Deutsche Wissenschaft und internationale Zusammenarbeit 1914–1928. Ein Beitrag zum Studium kultureller Beziehungen in politischen Krisenzeiten*. Genf 1966, S. 84.

der deutschen Wissenschaft aus der internationalen Gelehrtengegemeinschaft die einzige Möglichkeit sei, dieser das den Grunderfordernissen der Forschung entsprechende ethische Rückgrat und die Gesittung gegenseitigen Respekts wiederzugeben, die ihr durch das unfaire Verhalten und die Entgleisungen der repräsentativen Vertreter eben dieser Wissenschaft abhandengekommen waren. Seit seiner Veröffentlichung im Oktober 1914 lieferte der fatale Aufruf der 93 Intellektuellen hierfür den handlichen Vorzeigebeweis.

Um sein Programm vor konkurrierenden Parallelinitiativen zu bewahren, hatte sich der Forschungsrat beeilt, alle Naturwissenschaften zentral abzudecken, indem er auch die zum Teil noch embryonalen internationalen Fachgesellschaften und Kongresse der Vorkriegszeit durch sog. »Unionen« ersetzte und sie satzungsgemäß verpflichtete, den in seinen Statuten verfügten Ausschluss von Wissenschaftlern der Mittelmächte und ihren Institutionen rigoros durchzusetzen: keine Mitgliedschaft, keine Gastvorträge, keine Teilnahme an internationalen Kongressen, keine Veröffentlichungen in Fachzeitschriften, noch Zeitschriften-Bezug oder Austausch, keine Mitarbeit, geschweige denn leitende Verantwortung in internationalen Zentral-Instituten.

Sehr bald machte sich die empörte Abwehr in Deutschland die Überzeugung zu eigen, dass der Nation nach dem verlorenen Krieg in der deutschen Wissenschaft, ihren Errungenschaften und ihrer Weltgeltung, immerhin ein letzter Machtfaktor verblieben war. In den Reihen des sich bald organisierenden »Gegen-Boykotts« wurde nicht versäumt, den daraus erwachsenden, unverzichtbaren Anspruch der deutschen Gelehrtengegemeinschaft auf internationale Anerkennung und Zusammenarbeit herausfordernd geltend zu machen, wenn es darum ging, den Maßnahmen des Internationalen Forschungsrats nicht nur jede Billigkeit, sondern auch jede Aussicht auf Erfolg abzusprechen. Dessen ungeachtet wurde in den frühen 1920er-Jahren den Ausschluss-Auflagen des Internationalen Forschungsrats durchaus gefolgt, zumal es den Gründer-Akademien gelungen war, sich ohne viel Aufschub die Mitgliedschaft der neutralen Akademien zu sichern. Allerdings war es dann auch weitgehend dem Bemühen eben dieser neutralen Akademien und schließlich dem Druck der in der Locarno-Epoche einsetzenden europäischen Annäherungspolitik zu verdanken, dass dies Ausschluss-Gebot zunehmend, jedenfalls privatim, unterlaufen wurde und schließlich, im Sommer 1926, die Generalversammlung des Forschungsrats in einer außerordentlichen Sitzung den sog. »Ausschluss-Paragrafen« widerrief.

Obwohl nun eine spezielle Einladung an die deutschen Akademien erging und der *International Research Council* sich 1931 in *International Council of Scientific Unions (ICSU)* umbenannte, sollte es dennoch vor dem Zweiten Weltkrieg

zu einer ›Normalisierung‹ des international organisierten Wissenschaftsbetriebs im Sinne des optimistischen Selbstverständnisses der Jahrhundertwende nicht mehr kommen. Diese scheiterte schon rein formell an den zum Teil rastlosen Unversöhnlichkeiten in den interalliierten und den deutschen Akademien, die ganz im Sinn des ›Gegen-Boykotts‹ weiterhin nicht bereit waren, dem *International Research Council* in seiner wesentlich weniger zentralisierten Nachfolge-Version beizutreten. Diese Kompromisslosigkeit führte dazu, dass man in verständlicherem oder mindestens gleichmütigerem Milieu auf beiden Seiten immer weniger zögerte, sich ohne viel Aufhebens über institutionelle Auflagen oder noch weiter schwelende Bedenken hinwegzusetzen und je nach sachlichem Ermessen Zusammenarbeit aufzunehmen. Auch brachte die Teilnahme anderer Akteure neue Bewegung in die Vernetzung der Zusammenarbeit, wie zum Beispiel die Kommission und ab 1925 das Institut für geistige Zusammenarbeit des Völkerbunds oder die Forschung finanzierende private Geldgeber wie die Rockefeller-Stiftung und, nicht zu vergessen, die ganz der Förderung internationaler Kooperation verschriebene *Union des Associations Internationales*. Diese Vernetzung war noch ziemlich unübersichtlich, als spätestens ab Mitte der 1930er-Jahre die nationalsozialistische Wissenschaftspolitik begann, den Zusammenhalt der internationalen Gelehrtengemeinschaft mit erheblich dramatischeren Herausforderungen zu konfrontieren.

Die neue internationale Organisation wissenschaftlicher Zusammenarbeit von 1919, von deren Notwendigkeit die Interalliierten Akademien die wissenschaftliche Mitwelt – und nicht nur diese – überzeugen wollte, war schließlich nicht nur gescheitert. Sie verschwand auch aus dem Gedächtnis. Der Kontrast wurde zunehmend peinlicher zwischen, einerseits, dem weiterhin proklamierten Selbstverständnis der Wissenschaftler – und der Naturwissenschaftler im Besonderen – als oberhalb politischer Gegensätze Sachlichkeit und Internationalismus bewahrende Mitglieder einer Gemeinschaft, die sich in dieser Eigenschaft quasi als Modell für eine friedliche Weltordnung anbot, und, andererseits, dem nur langsam abebbenden Austausch gegenseitiger Kränkungen und Versicherungen böser Absicht. Mit zunehmender Erkenntnis dieser Peinlichkeit setzte sich offensichtlich die Überzeugung durch, dass es besser wäre, die ganze Sache zu vergessen. Sie fand, wenn überhaupt, Erwähnung nur in versteckten Anspielungen unter Eingeweihten. Auch nachdem sie ab den 1960er- und 70er-Jahren ans Licht gezogen wurde, blieb sie noch immer eine heikle Geschichte.

